Niebel in Afghanistan

SASCHA SCHÜRMANN / DAPD

ZOLLVERGEHEN

Staatsanwalt prüft

Die Berliner Staatsanwaltschaft prüft nach Angaben eines Sprechers „einen Anfangsverdacht auf ein mögliches strafbares Verhalten“ von Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel. Der FDP-Politiker hatte einen in Afghanistan für 1400 Dollar erworbenen Teppich mit einem Flugzeug des Bundesnachrichtendienstes (BND) nach Deutschland transportieren lassen. Ein Fahrer Niebels nahm das Stück am 20. Mai direkt an der BND-Maschine in Empfang und brachte es unverzollt in die Wohnung des Ministers. „Wenn keine Zollanmeldung erfolgte, obwohl das verpflichtend gewesen wäre, dann ist grundsätzlich der Tatbestand der versuchten Steuerhinterziehung erfüllt“, erklärt Christine Kolodzeiski, Sprecherin vom Hauptzollamt am Frankfurter Flughafen. Nach der ersten Anfrage durch den SPIEGEL hatte Niebel einen Antrag auf Nachverzollung gestellt.

KITA-FINANZIERUNG

Merkel gegen CDU-Ministerpräsidenten

In der Union wächst die Sorge, dass der schleppende Ausbau von Kindertagesstätten die Chancen von CDU und CSU bei den Landtags- und Bundestagswahlen im kommenden Jahr schmälern könnte. In der Sitzung des CDU-Präsidiums am vergangenen Montag forderte Niedersachsens Regierungschef David McAllister mehr Hilfen vom Bund, um die für 2013 angestrebte Zahl von Kita-Plätzen auch in allen westlichen Bundesländern zu erreichen. „Wir brauchen ein Ausbauprogramm West“, so McAllister. Die unionsgeführten Länder dürften im Wahljahr bei der Zahl der Kita-Plätze nicht Schlusslicht sein, sagte die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer. Kanzlerin Angela Merkel zeigte wenig Verständnis. Die Länder müssten mit dem Geld auskommen, das der Bund in die Hand nehme, obwohl Kita-Ausbau Ländersache sei. Um den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab August 2013 erfüllen zu können, fehlen nach Schätzungen des Bundesfamilienministeriums noch etwa 160 000 Plätze, hauptsächlich in den alten Bundesländern.

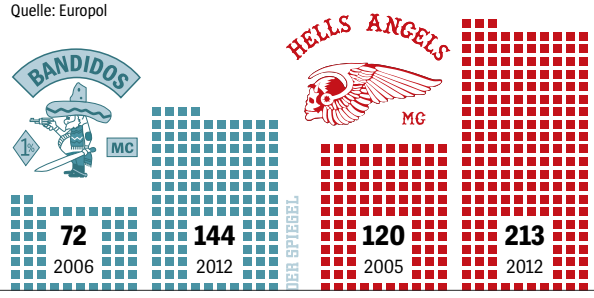
RECHTSEXTREMISMUS

„Heil Beate!“

Haben Thüringer Neonazis Anschläge nach dem Vorbild der Zwickauer Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) geplant? Die Staatsanwaltschaft Gera ermittelt gegen die Rechtsextremisten Steffen R., 28, Marco Z., 34, und Thomas G., 33, wegen des Verdachts der „Vorbereitung einer schweren, staatsgefährdenden Gewalttat“. Ausgelöst wurde das Verfahren unter anderem durch abgehörten Handy-Verkehr. So tauschten sich G. und R. den Ermittlungen zufolge am 29. Dezember 2011, rund sieben Wochen nach Auffliegen des NSU, über „Knete“ aus, die von „elektrischen Quellen“ ferngehalten werden müsse. Die Fahnder halten es für möglich, dass sie Plastiksprengstoff meinten. Zwei Wochen später erhielt R. eine SMS von einem von G. genutzten Telefonanschluss: „Ich hab dein Spielzeug mit, du kannst jetzt das Jüngste Gericht einläuten.“ Die Nachricht endet mit „Heil Beate!“ – wohl in Anspielung auf die mutmaßliche NSU-Terroristin Beate Zschäpe. Steffen R. antwortete: „Beate wird stolz auf uns sein.“ Thomas G. soll Verbindungen zum Umfeld der Zwickauer Zelle gehabt haben. Auch Steffen R. gilt als Größe der rechtsextremen Szene: Im März schnitten Ermittler einen Anruf mit, in dem er sagte, man müsse „endlich mal einen umlegen“. Der dritte Beschuldigte, Marco Z., soll Kalaschnikows zum Kauf angeboten haben. Die Staatsanwaltschaft wollte sich auf Anfrage zu Details nicht äußern. Vergangene Woche wurden R. und Z. festgenommen. Vor dem Haftrichter bestritten sie die Vorwürfe. R. erklärte den belastenden Telefonverkehr mit einem Scherz; man habe so prüfen wollen, ob man abgehört werde. Thomas G., der auf freiem Fuß blieb, war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

QUERSCHNITT

Inflation der Rockerclubs

Rockerbanden breiten sich in Europa aus. Die beiden größten Clubs – Hells Angels und Bandidos – haben die Zahl ihrer Gangs auf dem Kontinent seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts nahezu verdoppelt. Deutschland ist derzeit mit 52 Chartern der Hells Angels und 66 Chaptern der Bandidos weltweit der größte Standort nach den USA.

Bandidos- und Hells-Angels-Clubs in Europa
Quelle: Europol